

Der „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Donnerstag und Freitag ausser im Sommer. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Ostpreußen 20,- M., im Voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 2,50 M. Für Porto tragen zahlende Abonnenten die Verantwortung. Unter Drucklegung für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Inland-Vertrieb durch die Post für Deutschland und Österreich 10,- M. Expedition, Distribution und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 26b.

Die wichtigsten Konkreteile über den Kampf um die wirtschaftliche Erwerbslosigkeit. Kleine Ausgaben: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Erwerbslosigkeiten. Große Ausgaben: Das festgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,50 M. Inland-Vertrieb durch die Post für Deutschland und Österreich 10,- M. Expedition, Distribution und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 26b.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Arbeitslosigkeit in England

Lebhafte Auseinandersetzungen im Unterhaus

London, 16. Februar.

Im Unterhause erklärte der Führer der Arbeiterpartei Clynes über die Arbeitslosigkeit, die Lage sei seit Dezember schlimmer geworden. Die Arbeiterpartei fordere für die Arbeitslosen entweder Arbeit oder hinreichende Unterstützung. Bevor die Frage der Erwerbslosigkeit nicht gelöst sei, könne in England kein Frieden sein. Er fragte die Regierung, welche Schritte sie zur Wiederherstellung eines wirklichen Friedens und zur Schaffung von Handelskrediten unternommen habe. Es verhalte sich nicht so, daß die Regierung die Frage nicht lösen könne, sondern sie fürchte sich davor, in Zwistigkeiten mit dem fest begründeten Besitz zu kommen. Er mache keinerlei Vorschläge zur Aenderung des kapitalistischen Systems, wenn die Regierung jedoch nicht die Vorschläge der Arbeiter annehme, dann solle sie doch etwas Besseres vorschlagen. Er wolle keineswegs die Diktatur in Rußland verteidigen, aber Arbeitslosigkeit könne in Rußland nicht zu herrschen. Clynes trat für die Wiederaufnahme des internationalen Handels und der Handelsbeziehungen zu Rußland ein.

McKamara stellte in Abrede, daß es von Seiten der Regierung an Vorbereitungen für die Lage gefehlt habe. Er sagte, ein Manifest veröffentlichen und tagtäglich eine praktische Politik ausarbeiten, sei zweierlei. Die Zahl der Erwerbslosen sei von 350.000 im Oktober vorigen Jahres auf 1.039.000 am 11. Februar gestiegen. Nicht einbezogen seien hierbei etwa 400.000 Arbeiter, die eine systematisch verkürzte Arbeitszeit haben. Unter den 1.039.000 Erwerbslosen befänden sich leider auch 268.000 Kriegsteilnehmer. Das Arbeitsministerium tue sein Bestes, um die britische Industrie wiederherzustellen.

Die Aussichten für London

Simons hat wenig Optimismus

Reichsminister Dr. Simons hat am Mittwoch vormittag in Karlsruhe nochmals vor einer größeren Versammlung gesprochen. Er äußerte sich in dieser Rede über die Aussichten der Londoner Konferenz, der er mit wenig Optimismus entgegensteht. Er sagte: Wenn wir jetzt nach London mit Gegenanschlägen gehen, so wird die öffentliche Meinung in England in gleicher Weise reaktivieren, wie die deutsche öffentliche Meinung gegen die Pariser Beschlüsse reaktiviert hat. Darüber müssen wir uns klar sein. Es ist möglich, es ist sogar wahrscheinlich, daß die Londoner Konferenz in ihren ersten Versuchen kein Ergebnis der Verständigung haben wird. Es wird außerordentlich schwer sein, sich in London über die neuen Methoden zu einigen. Eine peinliche Lücke des Friedensvertrages ist, daß man dem deutschen Volke nicht gesagt hat, was man eigentlich von ihm verlangt, und wenn man uns jetzt Vorwürfe macht, daß wir nicht selbst Vorschläge gemacht haben, so müssen wir erwidern, daß die Unsicherheit bei uns zu groß gewesen ist, um Vorschläge machen zu können. Wenn wir jetzt Vorschläge machen, so könnten wir sie nur aus unserer Unsicherheit heraus machen. Die Gegner rechnen damit, daß wir in wenigen Jahren wieder zu großer Blüte gelangen. Um diese Summen zahlen zu können, müßten wir aber zu einer wirtschaftlichen Blüte gelangen, die unsere wirtschaftliche Blüte von 1913 und 1914 bei weitem überschreitet. Und dennoch sollen wir uns zu solchen Leistungen verpflichten. Das wäre eine katastrophale Politik.

Der Minister wies dann auf die Gefahren hin, die der Reichseinheit durch die Pariser Beschlüsse erwachsen. Die Pariser Beschlüsse würden in ihren Folgen eine Unversehrtheit der deutschen Reichsverfassung nicht gewähren. Dagegen müßten wir uns wehren. Die Pariser Beschlüsse liefen hinaus auf einen Zusammenbruch alles dessen, das sich das deutsche Volk auf geistlichem und wirtschaftlichem Gebiet erobert habe. Wenn wir die Pariser Beschlüsse nicht annehmen, so treten die Sanktionen in Kraft, die ebenfalls hinausgehen auf eine Trennung des Deutschen Reiches. Jede Bestrebung von außen, die dahin geht, das deutsche Stammesgebiet auseinanderzureißen, bedeutet ein Attentat gegen die Reichsverfassung. Der Minister betonte, daß er auf seiner Reise durch Süddeutschland das erhebende Gefühl gehabt habe, daß dieses Attentat auf den einmütigen Widerstand des ganzen deutschen Volkes stoßen werde. Er gehe nach London mit dem Gefühl, daß dieser Einheitsgedanke aus dem ganzen deutschen Volke nicht herausgerissen werden könne. Dieses Gefühl werde ihm Kraft geben, den unannehmbaren Forderungen gegenüberzutreten. Er hoffe, das Vertrauen, das ihm entgegengebracht werde, in London wahrzumachen.

Französische Drohungen

Marcel Huin schreibt im „Echo de Paris“, er habe sich mit bedeutenden Persönlichkeiten darüber unterhalten, was geschehen würde, wenn die Deutschen in London sich nicht fügen, und die Londoner Konferenz ohne Ergebnis verliefen würde. Eines steht fest, daß Briand energisch auf die Durchführung der Pariser Beschlüsse beharren werde, welche

In der Zwischenzeit werde ein Geschenkwurf eingebracht, der eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung vorsehe.

Barnes erklärte, den Mitgliedern der Arbeiterpartei sei es nicht gelungen, irgend einen praktischen Vorschlag für die augenblickliche Lage zu bieten. Es sei hoffnungslos, auf Rußland als Retter aus der augenblicklichen Lage zu blicken. Mit Bezug auf die Forderung, daß der Staat für eine angemessene Unterstützung der Erwerbslosen sorgen müsse, erklärte Barnes, es dürfe nichts unternommen werden, um den Ansporn zur Arbeit zu verringern. Der Wunsch nach Arbeit müsse vermehrt und nicht vermindert werden. Er wolle nicht die augenblickliche Gesellschafts- und Industrieordnung verteidigen, aber er glaube, man werde keine bessere Welt schaffen, wenn man die Welt, in der man jetzt lebe, nicht besser ausgestaltet. Die Regierung müsse die Unternehmungen tatkräftig unterstützen, die ärmeren Ländern behilflich sein wollten, englische Waren zu kaufen. Eine der Ursachen der augenblicklichen Krise sei der Mangel an Vertrauen, der aus dem Gewerbestreikentum entspreche. Er werde den von der Arbeiterpartei eingebrachten Änderungsantrag nicht unterstützen und hoffe, die Regierung werde sich mit dem, was bisher unternommen wurde, nicht begnügen.

Roberts erklärte, die Arbeiter wären in dem festen Glauben, daß die Lösung des Problems in der Wiederaufnahme des Handels mit Rußland liege. Dem Volke den Glauben beizubringen, daß in Rußland überflüssige Lebensmittelvorräte vorhanden seien, käme einem Verbrechen gleich. Roberts trat für freie Handelsbeziehungen mit anderen Völkern ein. Er sagte, das englische Volk müsse die Wahrheit erkennen, daß es nicht ohne Auslandshandel leben könne.

Barnes und Roberts waren früher Mitglieder der Arbeiterpartei. Während des Krieges traten sie ins Ministerium von Lloyd George ein. Sie repräsentieren heute jenes alte Arbeiter-Gewerkschaftertum, das auch in der englischen Arbeiterklasse abgewirtschaftet hat.

ein Minimum darstellen. Wenn die Deutschen die Unterhandlungen abbrechen, würde sofort ein Schiff zur Verfügung für Dr. Simons und seine Begleitung gestellt werden, um sie nach Deutschland zurückzubringen. Wenn die Deutschen auf ihrem lateinischen Reife, womit gegenwärtig ihre Minister und das Volk drohen, stehen bleiben, so ist voranzusehen, daß die französischen Unterhändler unerbittlich nach Paris zurückkehren und das Parlament ohne Jögern vom Scheitern der Londoner Verhandlungen in Kenntnis setzen würden. Frankreich werde dann den Beweis führen, daß die Deutschen ein unannehmbares Interesse daran hätten, mit ihren ewigen Verzögerungen ein Ende zu machen. Die Maßnahmen der Entente würden in Deutschland sehr bald den Wunsch aufkommen lassen, nach London zurückkehren zu dürfen und sich auf Abmachungen zu einigen, die sich außerordentlich den Pariser Konferenzbeschlüssen näherten. London werde nur die notwendige Ergänzung von Paris bilden. Frankreich warte Deutschland vor einem falschen Spiel.

Der Konferenzort

Das Reutersche Bureau erzählt, daß die bevorstehende Londoner Konferenz im St. Jamespalast stattfinden wird, den der König zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt hat. Für die Presse werden Einrichtungen getroffen. Die deutsche Delegation wird im Savoyhotel untergebracht werden. Marshall Fox und General Weygand werden an der Reparationskonferenz teilnehmen.

Italienische Arbeiter gegen die Pariser Beschlüsse

Die italienischen christlichen Gewerkschaften (Confederazione italiana dei lavoratori) haben eine Entschliessung gefaßt und veröffentlicht, die nach Hinweis auf den Appell deutscher Arbeiterorganisationen an die Solidarität der Arbeiter aller Länder folgendes sagt: Die Confederazione habe schon 1919 gegen Versailles Stellung genommen und bekräftige jetzt den Widerspruch gegen die vorgesehenen Sanktionen und gegen den Zustand der Sklaverei, zu dem die deutsche Arbeiterklasse für 42 Jahre zugunsten eines fremden Kapitalismus und Imperialismus pervertiert werden solle. Dies stelle die letzte grausamste Verneinung der Grundzüge von Gerechtigkeit und Freiheit dar, für welche die Regierungen der Entente angeblich kämpften. Die christlichen Arbeiter Italiens erheben ihre Stimme gegen die Übergriffe hegemonischer Plutokratien, die Rekonstruktion erzeugen und den Frieden fernhalten. Sie protestieren im Namen christlicher Ideen gegen die Erdrosselung des deutschen Volkes durch neue Auflagen.

Aündigung des Uebersichtensabkommens im Ruhrbergbau. In einer Konferenz der Vorstände der vier Bergarbeiterverbände wurde heute beschlossen, das Uebersichtensabkommen für den Ruhrbergbau zu kündigen, so daß vom 13. März an keine Uebersichten mehr verfahren werden, vorbehaltlich weiterer Verhandlungen.

Die deutschen Kohlenlieferungen im Januar. Die deutschen Kohlenlieferungen belaufen sich nach französischen Angaben im Januar auf 1.651.696 Tonnen. Davon erhielten Frankreich 1.069.075 Tonnen, Italien 208.011 Tonnen, Belgien 274.606 Tonnen und Luxemburg 130.112 Tonnen.

Wahlenthaltung

Parlamentarischer und antiparlamentarischer Kretinismus sind Zwillingbrüder. Die Propaganda für parlamentarische Abstinenz, für Wahlenthaltung und „direkte Aktion“ ohne deutliche erkennbares, greifbares Ziel, begründet mit dröhnenden Worten und verschwommenen Reden, ist fast überall, wo sie in der Arbeiterbewegung in Erscheinung tritt, die unmittelbare Folge einer Periode, in der der parlamentarische Kretinismus das Proletariat eine Zeitlang an der Nase herum und von Mißerfolg zu Mißerfolg geführt hat. Der Glaube, daß in den Wandelgängen der Parlamente die Weltgeschichte endgültig entschieden wird, daß die geniale politische Persönlichkeit die Politik macht, daß das Interesse der Arbeitervolk mit Hilfe einer „Realpolitik“, die durch Skrupellosigkeit und Schamlosigkeit den Gegner zu überlisten glaubt, am besten gefördert werde — dieser Glaube ist fast stets der Vorläufer des anderen Extremes gewesen: der Enthaltung vom parlamentarischen Leben und des Appells an die unmittelbare revolutionäre Tat.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung aller Länder kennt Epochen, in denen diese beiden Erscheinungen miteinander abwechseln, als Seite und Rehrseite der gleichen Medaille. Ist das Proletariat enttäuscht von der Ergebnislosigkeit einer Epoche des Nurparlamentarismus, so wendet es sich der entgegengesetzten Taktik zu, um dabei abermals Enttäuschungen und blutige Niederlagen zu erleben. Beide Methoden des politischen Kampfes wachsen auf dem gleichen Boden: sie sind die Folge des Mangels an Vertrauen zur Massenbewegung der Arbeiterklasse. Sie gehen aus von der nutzlosen Vorstellung, daß das Proletariat, zur Massenpartei organisiert, nicht imstande ist, seinen Klassengegnern in jeder Beziehung ebenbürtig gegenüberzutreten und sie zu bekämpfen mit allen Mitteln, mit den gegebenen verfassungsmäßigen politischen Möglichkeiten sowohl, wie mit den besonderen, dem proletarischen Klassenkampf eigenen Mitteln, die sich aus der sozialen Stellung und wirtschaftlichen Bedeutung des Proletariats ergeben.

Solche Vorstellungen entstehen ursprünglich in den Köpfen proletarischer, infolge ihrer bedrückten Lage rebellischer, aber spiessiger Kleinbürger, die die Welt aus der Perspektive der Handwerksstube sehen. Geistig gebannt in einen kleinen Gesichtskreis, vermögen sie nicht zu glauben an die Kraft des Proletariats als Masse, an seine Organisations- und Aktionsfähigkeit als Massenpartei in allen politischen Situationen.

Wo die Propaganda für eine Politik der parlamentarischen Wahlenthaltung in Erscheinung tritt in einem Stadium der sozialen Entwicklung, indem diese soeben proletarisierten Kleinbürger innerhalb des Proletariats zahlreich sind, da ist sie historisch und soziologisch verstandlich. Wird sie aber gepredigt in einem Stadium, das das massenhafte Fabrikproletariat in seiner vollen Entwicklung zeigt, dann ist sie wirklich nur noch antiparlamentarischer Kretinismus und nur noch zu begreifen als ebenbürtiges Gegenstück zum ebenso beschränkten Nurparlamentarismus, der mit allen Schikanen und Dummdheiten einer vom Kompromiß lebenden „Realpolitik“ arbeitet. Die Parole der Wahlenthaltung beruht hier auf der völlig falschen Vorstellung, daß man entweder „Loschläger“ müsse oder rettungslos zum Faktieren mit den herrschenden Gewalten komme.

Diese verkehrte Problemstellung tritt uns gegenwärtig wieder einmal entgegen in der Propaganda der Kommunistischen Arbeiterpartei.

In einem Aufruf „An die Klassenbewussten Proletarier!“ legt das Berliner Organ dieser Partei, die „Kommunistische Montags-Zeitung“, dar, daß weder die Sozialdemokratie — noch die Unabhängigen, die „an den fetten Schweinehund in jedem Menschen appellieren“ — noch die Parlements-Kommunisten, „die in solchen Augenblicken auch nur zur Rettung der Nation und zum Wahlschwandel aufrufen“, noch die Gewerkschaften, „deren Bonzen...“ usw. — daß weder die einen noch die anderen die rechte Politik betreiben. Nein, Proletarier, fährt der Aufruf fort:

„Wenn Euch nicht das tollgewordene Vieh Kapital in den tödlichen Abgrund reißt, gibt es nur eine einzige Rettung: packt es an den Hörnern und brecht ihm das Genick! Das aber heißt: Revolution!“

Revolution ist auch Krieg, ist auch Not und Entbehrung, ist auch blutiger Kampf. O ja! Aber nehmt Euch Herz für die Hand; denn es muß sein! Die Revolution ist das einzige, was Euch noch gelingen kann, und die Revolution ist Rettung, Leben und Freiheit — wenn nicht für Euch Kämpfer selbst, dann für Eure Kinder!“

Darum müsse das Proletariat es sich abgewöhnen, ewig leben zu wollen. Jeder müsse bereit sein zu sterben für die Revolution, für den Kommunismus. Der Tag der Entscheidung nahe mit rasendem Lauf. Auf solchem Wege kommt die kommunistische Arbeiterpartei zu dem Schluss: „Schlagt jedem aufs Maul, der Euch mit Wahlschwaubez und Gewerkschaftskumpelung kommt.“

Diese politischen Tollhäuser verweigern, daß sie mit der Erwartung des Tages der Entscheidung die Masse des politisch denkenden und zum politischen Handeln drängenden

Proletariat ebenso zur Untätigkeit verdammen wie ihre Gegenspieler, die nur Parlamentarier, die das Schicksal der Arbeiterklasse in die Hände einiger zur Freigabe aller Grundfähigen „Realpolitiker“ legen. Diese Männer der kriegerischen Revolution prunten mit starken Worten und sehen nicht — oder gestehen nicht ein — daß sie mit ihrer Taktik den einen Teil der Machtmittel des Staates, die Parlamente, völlig in die Hände der Klassengegner des Proletariats geben, und den anderen Teil dieser Machtmittel, Bureaucratie und Regierung, von der Kontrolle der proletarischen Vertreter in den Parlamenten befreien. Sie gehen aus von der konfuse Idee, daß alles noch viel schlechter werden muß, um besser zu werden, daß das Proletariat erst völlig verkommen muß, um in Glendrevolten sein Joch abzuschütteln.

Wir wissen, daß diese Methoden die Arbeiterklasse direkt ins Verderben führen. Niemals wird eine verelendete und im Elend entmenschte Masse imstande sein, die politische Macht zu erobern und festzuhalten. Aus seiner Unterdrückung muß das Proletariat sich emporkriegen durch aktive Teilnahme am politischen Kampf mit allen Mitteln, die sich ihm innerhalb und außerhalb des Parlaments darbieten. Von Stufe zu Stufe steigend, ihre Lage ständig verbessernd und ihren Einfluß täglich mehend, durch Eroberung neuer Machtpositionen, erwirbt die Arbeiterklasse zugleich Kraft und Schulung zur Führung des letzten Stoßes. Auch das Parlament ist eine dieser Machtpositionen und die Tätigkeit im Parlament kann dem Proletariat Vorteile bringen, wenn es frei bleibt von den Illusionen des parlamentarischen Kretinismus. Unsere Partei weiß sich frei davon. Und darum führt sie den Wahlkampf mit dem gleichen Ernst, mit dem sie den Kampf außerhalb der Parlamente führen wird, wenn die Stunde gekommen ist.

Wenn die Stunde gekommen ist... Da die antiparlamentarischen Kreise ihren Anhängern die große Stunde jeden Tag von neuem für die nächste Zeit in Aussicht stellen, und da das ewige Abwarten in Untätigkeit, über das die Massen auch durch die starken Worte für die Dauer nicht getäuscht werden können, mit der Zeit eine peinliche Lage hervorruft, besteht der andere Teil der Taktik dieser Leute in dem Versuch, die Revolution zu „machen“. Das führt in gerader Linie zum Putz. Darum die Anforderung an den Proletarier, er möge begreifen, daß man „nicht ewig leben könne“.

Der Appell an die Gewalt wiederum, als einziges Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse, führt die mit Moskauer Sympathisierende K. A. P. D. an die Seite der Gewaltpolitiker von rechts. Nationalbolshewiken von rechts und links reichen einander die Hände. Dem revolutionären Proletariat wird ein Bündnis mit konterrevolutionären Offizieren zugemutet. Orzech und K. A. P. D. sind verwandte Erscheinungen, sind Wachspflanzen des gleichen politischen Morastes. Und wo die Konfusionsrute aus der K. A. P. D. in die Wahlbewegung eingreift, da bekennen sie offen, daß sie, die Antiparlamentarier, in den Vertretern der schwarzen Reaktion ihre parlamentarischen Vertrauensleute sehen.

Vor einiger Zeit ging die Nachricht durch die Presse, daß ein Agitator der K. A. P. D. namens Ruppert in einer Versammlung der Deutschnationalen den anwesenden Arbeitern gesagt habe, es könne seiner Partei nur angenehm sein, wenn sie für einen deutschnationalen Kandidaten stimmen würden. Die „Kommunistische Montags-Zeitung“ erklärt sich mit dieser Äußerung einverstanden. Sie schreibt:

„Der Grundgedanke jener Ausführungen ist aber durchaus richtig: nämlich, daß es für jenen Teil der Arbeiterklasse, der durchaus den Schwindel nicht einsehen will, nur gut ist, wenn die feindliche konterrevolutionäre Front unterwachsen und eindeutig klar zutage tritt.“

Also nicht nur indirekte Stärkung der Reaktion durch Wahlenthaltung, sondern direkte Unterstützung durch Abgabe von proletarischen Stimmen für die Parteien der Rechten — das ist der Höhepunkt einer Konfession, die der deutschen Arbeiterklasse gegenwärtig als schlackenreine revolutionäre Taktik angepriesen wird. Diese Leute entblöden sich nicht mehr, offen zu gestehen, daß sie

bereit sind, die volle politische Macht an die monarchistisch-militaristische Reaktion auszuliefern.

Die Arbeiterklasse muß auch ihnen am 20. Februar eine Lektion erteilen. Sie muß werden und stimmen für die U. S. P., die das Proletariat zur Massenpartei vereinigen und führen will, zum Kampf um konkrete, aus der gegebenen Situation geschöpfte politische Ziele. So wird die Arbeiterklasse wachsende Macht gewinnen. Darum muß sie den Kampf führen mit allen Mitteln, im Parlament und außerhalb seiner Mauern. Wählt die Kandidaten der U. S. P. und ihr werdet damit die Reaktion und ihre offenen Verbündeten, die Propheten der Wahlenthaltung, gleicherweise treffen.

Friedensgesellschaft und Preußenwahl

Die Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft wendet sich mit dem folgenden Aufruf an die Öffentlichkeit:

Bei der Bedeutung, die die preussischen Landtagswahlen für die Reichspolitik haben, fordert die Deutsche Friedensgesellschaft alle Anhänger der Friedensbewegung auf, auch bei diesen Wahlen nur für Listen zu stimmen, deren an aussichtsreicher Stelle stehende Spitzenkandidaten volle Gewähr dafür bieten, daß sie für Bülloverständigung und für allgemeine Abrüstung eintreten und alle militärischen Einrichtungen im Innern, wie Orgelei usw., ebenso auch den Widerstand gegen die Erfüllung unserer Verpflichtungen zur Entwaffnung bekämpfen.

Straßenbahnerstreik in Rheinland-Westfalen

Arbeiterfeindliches Verhalten des Zentrums
Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Düsseldorf, 17. Februar.

Seit heute morgen ruht im rheinisch-westfälischen Industriegebiet mit Ausnahme von Düsseldorf der Straßenbahnverkehr. Das gesamte Fahr- und Werkstattpersonal ist in den Ausstand getreten. Die Bitte des Reichsarbeitsministers, neue Verhandlungen am 21. Februar abzuwarten, blieb aus guten Gründen unberücksichtigt. Die Straßenbahner haben jedes Vertrauen zu dem ehrlichen Willen oder der Macht des Zentrumsministers verloren, den von Arbeitnehmer und Unternehmervertretern einstimmig gefällten Vermittler Schiedsrichter für verbindlich zu erklären. Die alleinige Schuld für eine neue schwere wirtschaftliche Belastung unseres Industriegebietes trifft somit Herrn Brauns aus München-Gladbach und seinem kharismatischen Auftraggeber.

Für Düsseldorf liegen die Dinge etwas anders. Die Düsseldorf-Bahnen sind neuerdings mit der Rheinischen Bahngesellschaft vereinigt und bilden im Unternehmervorstand eine Gruppe für sich. Gestern wurde eine Ausschichtungsbesprechung dieser Gesellschaft, deren Aktien zu 85 Prozent in den Händen der Kommunen sind, abgehalten. Es wurde ein Vermittlungsvorschlag von freigeberischer Seite mit 7 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Auch hier hat das Zentrum in gegen die Interessen der Arbeiter gestimmt, mit ihm sogar der Zentrum-Arbeitervertreter und Ausschichtungsleiter. Die Funktionäre der an der Straßenbahnbewegung beteiligten Gewerkschaften haben in einer gestern abend abgehaltenen Sitzung beschlossen, daß auch in Düsseldorf von morgen ab nicht mehr ausgefahren wird, wenn der Ausschichtungsleiter seinen Standpunkt bis dahin nicht geändert hat. Interessant sind Äußerungen von Unternehmerseite, die deutlich den Wunsch als Vater des Gedankens erkennen lassen, daß die Besatzungsbehörden den Straßenbahnerstreik im besetzten Gebiet durch Gewalt den Streik unmöglich machen. Man sieht hier, wie es um den Patriotismus dieser Herren bestellt ist. Wo es sich um Niederknüppelung von Arbeitern handelt, sind sie samt und sonders international.

Die Schieberpartei

Der Berliner Universitätsdozent und Herausgeber der „Eisernen Blätter“, Dr. Kahrstedt, urteilt über Professor Straußs Buch „Gegen die Antikemiten“ wie folgt: „Das kleine Buch wird seinen, der sein Deutschtum liebt, beleidigen, nur für die Elemente, die die völkische Weile ausnützen wollen, um mit Hilfe derer, die nicht

alle werden, sich wichtig zu machen oder sich zu bereichern, ist es eine wohlverdiente Ohrfeige.“ — „Ich bin deutschnational und gehöre der kirchlich positiven Richtung an, aber ich bin Gegner des Nationalismus, den ich als unchristlich und wissenschaftlich und dem Vaterlande schädlich verurteile.“ Professor Dr. Hermann Strauß, Geheimer Konjunkturalrat.

Diese beiden Urteile in Gemeinschaft mit den anderen Urteilen aus dem Lager der Deutschnationalen kennzeichnen die Partei Bergt als die Partei eines bankrotten Schieberturns. Sie ist nur existenzfähig dank der Bergschichtigkeit und Dummheit gewisser Volksschichten, also derer, die nicht alle werden.

Verräterische Haltung der türkischen Nationalisten

II. Konstantinopel, 17. Februar.

Die offizielle Zeitung von Angora veröffentlicht folgende Erklärung Mustafa Kemal Paschas:

Unsere Beziehungen zu Moskau fahren fort, sehr freundschaftlich zu sein. Das will jedoch nicht sagen, daß wir die Prinzipien der Kommunisten annehmen; denn die sozialen Bedingungen in der Türkei gestatten ihre Ausföhrung nicht. Die kommunistischen Parteien, die sich bei uns gebildet haben, haben dies eingesehen und ihre Tätigkeit eingestellt. (!?) Unsere Beziehungen zu Moskau gehen nur aus der Beibehaltung guter Nachbarschaft hinaus. Wenn wir an der Londoner Konferenz teilnehmen, so kann keine Rede davon sein, daß dadurch unsere Beziehungen zu Moskau beeinträchtigt werden.

Die offizielle Erklärung Mustafa Kemal Paschas, des Hauptes der türkischen Nationalistenregierung, bestätigt, was wir schon mehrfach hervorgehoben: daß die türkischen Nationalisten, die heute die Hilfe Moskaus entgegennehmen, um gegen England zu kämpfen, morgen bereit sein werden, Moskau zu verraten, um sich mit England zu verständigen. Der in den diplomatischen Köstauscherkästen erfahrene Mustafa Kemal versteht zwar in seiner Erklärung, daß seine Teilnahme an der Londoner Konferenz die Beziehungen der türkischen Nationalisten zu Moskau keineswegs beeinträchtigen. Aber wichtiger als diese Phrasen ist sein Verhalten, den Engländern gegenüber den Nachweis zu führen, daß die Türkei nicht daran denke, die Prinzipien des Kommunismus anzunehmen. Aus den Worten, daß die kommunistischen Parteien in der Türkei ihre Tätigkeit eingestellt hätten, kann man außerdem ersehen, daß einerseits die Gründung dieser Parteien ein Schwindel war, und daß andererseits Mustafa Kemal jetzt den Augenblick für gekommen erachtet, der beginnenden Arbeiterbewegung in der Türkei den Todesstoß zu verlesen.

Der Vorsitzende der kommunistischen Partei Deutschlands, Paul Levi, wird nun in seiner nächsten Reichstagsrede die Möglichkeit haben, der deutschen Bourgeoisie die Politik Enver Paschas noch mehr schmacht zu machen, als dies bei seiner letzten Rede der Fall gewesen ist. Wir sind überzeugt, daß die bürgerlichen Parteien ihn dieses Mal besser verstehen werden, denn der beginnende Verrat der türkischen Nationalisten an Sowjetrußland und ihre Verleugnung des Kommunismus liegt ihrem Herzen sicherlich näher als jener Nationalbolshewismus, den Paul Levi ihnen gepredigt hat.

Südslawien und Deutschland

Wir hatten schon vor einiger Zeit gemeldet, daß das slawische Kabinett den von deutschen und slawischen Vertretern ausgearbeiteten gegenseitigen Handelsvertrag abgelehnt hat. Dazu melden die Belgrader Blätter weiter, daß die slawische Regierung nicht nur dem projektirten Handelsvertrag mit Deutschland ihre Zustimmung verweigert, sondern sich überhaupt wenigstens für die nächste Zeit, gegen die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Deutschland erklärt hat. Gleichzeitig wird ein Abkommen mit Italien bekanntgegeben, das zwischen den beiden Ländern ein Handelsregulativ schafft.

Die slawische Presse benützt diesen doppelten Anlaß, um gegen diese Stellungnahme der Regierung zu protestieren. Denn nicht nur, daß die deutsche Industrie die einzig brauchbaren Waren für den slawischen Markt zu liefern vermöge, so komme Jugoslawien immer mehr in eine wirtschaftliche Abhängigkeit von Italien, mit dem sich die nationale Stimmung noch immer nicht ausgeöhnt habe.

Gemeinschaftsschulen

Von Kurt Kroll-Löwenstein

(Schluß des Artikels von gestern abend)

In den obligatorischen Schulkindergarten schließt sich dann die eigentliche Gemeinschaftsschule an. Einen durchaus erfolgreichen und erfreulichen Versuch haben wir in den unter Paulsens Leitung stehenden Gemeinschaftsschulen in Hamburg. Neun Gemeindefschulen sind zu einer Schulengemeinschaft vereinigt. Wenn die kleinen Abo-Schüler in die Schulen eintreten, so werden sie nicht, wie in den bisherigen Schulen, in Klassen zusammengeschlossen, auf Schulbänke gesetzt und in die feste Schuldisziplin genommen, sondern sie werden zu Lebensgemeinschaften vereinigt. In diesen Lebensgemeinschaften spielen sie und finden an nützlichen Beschäftigungen den ersten Anreiz zu ernsthafter Arbeit. Die Lehrer haben die Aufgabe, anzuregen und sorgfältig zu beobachten. Auch die Eltern sind nicht ausgeschlossen, sie helfen vielmehr eifrig mit bei dem Heranbilden ihrer Kinder; — und so bildet sich zwischen Lehrern, Kindern und Eltern eine enge Gemeinschaft, in der alle zugleich Gebende und Nehmende sind. Drei Jahrgänge sind so zu Lebensgemeinschaften vereinigt. In diesen drei Jahren reifen die Kinder heran und werden empfänglich gemacht für die anstrengenderen Arbeiten der späteren Jahre. All die Künste des Rechnens, Schreibens und Lesens, die sonst so viel Tränen kosteten, werden unter gegenseitiger Hilfe allmählich gelernt und geübt. All jene Einwürfe, die man sonst freieren Gemeinschaften gegenüber bereit hat, daß die Zeit verspielt und nichts Vernünftiges und Notwendiges gelernt wird, scheitern an der Tatsache, daß diese Kinder hier nicht nur soviel wissen wie die übrigen Schulkinder, sondern sogar noch einige Dinge mehr können, — daß sie offene Augen zum Beobachten, geschickte Gliedmaßen, um sich zu rühren, und lebendige Schaffensfreude gewonnen haben.

Auf die drei ersten Jahre, die nur Lebensgemeinschaften sind, folgt die Aufstellung in Lebens- und Arbeitsgemeinschaften. Die Lebensgemeinschaften werden vertieft, der erweiterte Interessenkreis wird mannigfaltiger angelegt, ernsthaftere Fragen werden sorgfältiger beraten, das Leben selbst mit seinen Aufgaben gewinnt festere Gestalt und mit dem Leben zu gleicher Zeit zeigen sich die verschiedenen Neigungen und Betätigungsmöglichkeiten. In kleinen Arbeitsgruppen werden die jungen Menschen vereinigt, um in strenger Regelmäßigkeit und sachlicher Disziplin ihr Können zu versuchen. Nach der individuellen Neigung wird die Arbeitsgruppe gefunden, aber in der Arbeitsgruppe selbst ist die Arbeit und ihre innere Notwendigkeit entscheidend. All diese Arbeiten werden in innigster Verbindung mit dem Leben

gebracht. Man geht in eine Fabrik, sieht sich die Maschine in der Arbeit an, man bespricht die physikalischen Zusammenhänge und die ökonomische Auswirkung, man berechnet, was die Maschine leisten kann, man stellt Unkosten und Gewinn nebeneinander und gewinnt so den Einblick in unseren technisch-sozialen Organismus. Arbeiter und Angestellte der Fabrik sind oft Eltern der Schüler und Freunde der Gemeinschaftsschule und unterstützen daher dieses lebendige Erziehungswerk. Natürlich gibt es Werkstätten, und da das Geld, wie in allen Gemeinden, so auch in Hamburg, für Volksschulen knapp ist, so mußte die proletarische Selbsthilfe eingreifen. Die Arbeiter und Handwerker brachten Handwerkszeug mit in die Schule, und — was wichtiger ist — sie brachten sich selbst mit und bildeten in den Gruppen eine erziehende Arbeitsgemeinschaft. In solchen Arbeitsgruppen soll alles untergebracht werden, was an jünger Ausbildung der künftigen Mensch nötig hat.

Die Arbeitsgruppen werden so mannigfaltig sein wie die Lebensbedürfnisse der künftigen Gemeinschaft. Sprachgruppen, mathematische Gruppen, naturwissenschaftliche Gruppen, technische Gruppen aller Art werden nach dem wachsenden Bedürfnis der Schüler hier ihre Stätte finden. Alles, was die höheren Schulen, die Fach- und Fortbildungsschulen an sachlichen Werten gaben, und vieles, was ihnen fehlte, wird hier in den freien Arbeitsgemeinschaften selbstständig erarbeitet werden müssen. Daneben aber gehen die Lebensgemeinschaften, in denen die heranwachsenden Menschen sich in das Leben hineingewöhnen, die ernsthaften Aufgaben solidarisch zu lösen versuchen und die sittlichen Bindeglieder schaffen, die allein den inneren Bestand einer jeden Gemeinschaft dauernd sichern können.

Die grundlegende Umwälzung dieses Schulsystems liegt klar zutage. Nicht überlieferte Autorität, nicht störrische Belastung, sondern freies Unterordnen unter die innere Notwendigkeit der Arbeit, freies Einordnen in die Gemeinschaft und lebendig-soziales Verantwortlichkeitsgefühl wachsen an den Werten und Töten von heute gestaltend und formend in das Ringen von morgen hinein. Gewiß, auch diese Schulgemeinschaften können sich erst in der planvollen, sozialistischen Wirtschaftsordnung voll auswirken, aber in dieser Gemeinschaftsschule werden die Kämpfer erogen, die geschickt, klug und stark genug sind, um die Sozialisierung unserer Wirtschaft und unseres Lebens zielbewußt durchzuführen. Jeder Schematismus und jede Gleichmacherei wird hier ebenso vermieden wie der schrankenlose Anarchismus der Individualitätsjüchtlung. Nicht in ein Dreiklassenystem der unteren, mittleren und höheren Begabung werden die unendlichen Entfaltungsmöglichkeiten hineingepreßt, sondern jede wertvolle Begabung findet in ihrer Arbeitsgruppe die besondere Entwicklung, aber sie findet sie nicht im Bewußtsein dunkelhafter Ueberheblichkeit, sondern im solidarischen Wachstum

der Gemeinschaftsverpflichtung. Auch der Genugdrill wird vermieden. In der Freude der Arbeit, in der wärmenden Sonne der Lebensgemeinschaft wachsen die liebesvollen, hilfsbereiten, ziellosen und tatwilligen Charaktere heran. Gerade in unserer Zeit, in der das Wirtschaftsschaos und die Anarchie des Lebens alle herkömmlichen Werte zerlegt hat und noch mehr zerlegen wird, kann autoritativer Genugdrill gar nicht nützen. Unserer Zeit kann nur die Bindung Stürcheit gewähren, die aus dem ureigensten Erleben sich selber knüpft. — Kann nur jene Festigkeit nützen, die im eigenen Leben, im eigenen Fühlen, Denken, Wollen und Handeln Selbstsicherheit und antreibende Kraft gewinnt. Diese Gemeinschaftsschule ist die einzige Einheitsschule, die das Proletariat für seine künftige Entwicklung braucht. Sie ist zu gleicher Zeit die Schule, die uns auf dem Gebiete der Erziehung aus der bestehenden Klassenherrschaft der bürgerlichen Gesellschaft befreit. Doch auch für sie gilt, was für jeden proletarischen Befreiungskampf entscheidend ist: nicht der Staat, nicht die bürgerliche Gesellschaft kann uns diese Gemeinschaftsschulen schaffen, die Arbeiterklasse muß trotz all ihrer Mühe selber Hand ans Werk legen und mitten in unsere Klassen-Gesellschaft hinein die jünger Kampfsarbeit den Grundstein der Gemeinschaftsschule legen.

Musik

Mozarts Stil ist überzeitlich. Melodie strömt unendlich. Rhythmus der Lebensfreude lächelt. Dithyrambische Besingung strahlt aus den Kammermusikwerken für Blasinstrumente. Das neunte Konzert der Freien Volksbühne bot eine sinnvoll zusammengestellte Auswahl aus dieser Musikgattung. Wessen Seele trug nicht ein Klingeln mit in die Notwendigkeit des Alltags aus dem Klarinettenquintett, in dem sich die Melodie der Holzbläser zu Gesang verinnerlicht, aus dem Konzert für Flöte und Harfe, in dem sich Ton mit Ton zu nie wieder erreichenden, leuchtenden Zusammenklang vermählt, aus der Musik der selbst der minutiösen C-moll-Serenade für zwei Oboen, zwei Klarinetten, zwei Hörner und zwei Fagotte. Mitglieder der Staatsoper leisteten in der lapidären Ausführung der einzelnen Stimmen und in der zusammenschwingenden Verwebung unerschütterliches und innerlich Zwingendes. Die beiden eingetragenen Arien aus „Figaros Hochzeit“ und „Don Juan“ wirkten programmkonventionell und fielen aus dem Rahmen der Veranstaltung.

Auf dem 5. Kammermusikabend des Ringler-Quartetts wurde auch Mozart gespielt, das Streichquartett Nr. 9 in B-dur. Von Musikerkunst war in dieser herrlichartigen Mozartausführung kein Atemzug zu spüren. Eine unerklärliche, geistige Einseitigkeit, die bis in die gewollte Art der Tongebung spürbar wurde, nahm besonders den beiden Mittelfagen jeden impulsiven Zug

